



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

11. Februar 2022

### **CDU-Juristen fordern, an der Identitätsklärung und der Passpflicht von Ausländern festzuhalten – scharfes Schwert gegenüber Terroristen**

Die neue Bundesregierung möchte in der Migrationspolitik neue Akzente setzen. Zum Beispiel heißt es im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen:

„Wir werden die Klärung der Identität einer Ausländerin oder eines Ausländers um die Möglichkeit, eine Versicherung an Eides statt abzugeben, erweitern und werden hierzu eine gesetzliche Regelung im Ausländerrecht schaffen.“

Für den Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) ist diese von der Ampel-Regierung geplante Rechtsänderung nicht akzeptabel. Sie berührt ein grundlegendes Sicherheitsinteresse des Staates. Ein Staat sollte wissen, wer sich auf seinem Territorium aufhält, insbesondere um seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung zum Schutz seiner Staatsbürger nachkommen zu können. Wenn die Pläne der Ampel-Regierung umgesetzt werden und die Identitätsklärung mittels Versicherung an Eides statt ins Belieben der Ausländer gestellt wird, würde die aus Sicherheitsgründen unbedingt erforderliche Passpflicht für Ausländer bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt und ein hoher Anreiz geschaffen, illegal in die Bundesrepublik einzureisen und keine Identitätsdokumente vorzulegen.

Konkret absehbare Folge des Vorhabens der Ampel-Regierung ist, dass Ausländer ein Aufenthaltsrecht und in der Folge die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können, deren Identität nicht geklärt ist und die unter Umständen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Ausländer, die aufgrund der selbst erklärten Identität ein Aufenthaltsrecht erhalten und straffällig werden, könnten nicht mehr in ihren Herkunftsstaat abgeschoben werden, da kein Nationalpass des Herkunftslandes vorliegt, der völkerrechtlich gegenüber dem Herkunftsland die Garantie beinhaltet, den Inhaber zurückzunehmen.

„Die Klärung der Identität von Ausländern, die ohne ein Visumverfahren zu durchlaufen ins Bundesgebiet einreisen, ist ein sehr wichtiger Punkt bei der künftigen Gestaltung der Migrationspolitik“, so der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter. Gerade im Hinblick auf die Abschiebungen von Terroristen brauche man ein scharfes Schwert. Die Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung aber auch das Aufnahmesystem für schutzberechtigte Ausländer könne nur funktionieren, wenn bei illegal eingereisten Ausländern deren Identität zweifelsfrei geklärt und – falls kein Bleiberecht besteht – die Ausreisepflicht durchgesetzt werden kann. Eine ungeklärte Identität bzw. ein fehlender Reisepass sind das Haupthindernis bei der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer. Derzeit können mehr als 40% aller in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen Personen aufgrund deren ungeklärter Identität nicht abgeschoben werden. Da im Jahr 2020 der Anteil der Asylbeantragsteller ohne Identitätsdokumente bei 51,8 % lag, ist zu erwarten, dass auch künftig die Zahl der abgelehnten und somit ausreisepflichtigen Asylbewerber ohne Reisepass steigen wird.

*Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern bereit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder.*